

## Antrag A07: Für gerechte Verteilung und gleichwertige Lebensverhältnisse - öffentliche Infrastruktur ausbauen und Kommunen stärken

Antragsteller*in:	DGB-Bundesvorstand
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung der ABK:	Annahme in geänderter Fassung

- 1 Mit den Veränderungen der demografischen, wirtschaftlichen und ökologischen  
2 Rahmenbedingungen spitzen sich Verteilungskonflikte weiter zu. Immer mehr  
3 Arbeitgeber\*innen treten in Lohnverhandlungen kompromisslos auf, schwächen die  
4 Sozialpartnerschaft und fahren regelrechte politische Kampagnen gegen die  
5 Beschäftigten und die Gewerkschaften: Die sozialen Sicherungssysteme und hart  
6 erkämpfte Arbeitnehmer\*innenrechte werden attackiert.
- 7 Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften begrüßen, dass für die Ertüchtigung von  
8 Infrastruktur sowie Verteidigung und Bevölkerungsschutz neue finanzielle Spielräume  
9 ermöglicht wurden. Gleichzeitig kritisieren wir, dass an anderer Stelle wichtige  
10 Staatsausgaben gekürzt werden sollen. Insbesondere die Kommunen sind finanziell und  
11 personell unter Druck und schränken Angebote der öffentlichen Daseinsvorsorge ein.  
12 Jüngste steuerpolitische Beschlüsse entlasten weiterhin vor allem Unternehmen und  
13 obere Einkommenschichten.
- 14 Das hat nicht nur negative Folgen für die Staatseinnahmen, sondern erschwert auch  
15 eine nachhaltige Wirtschaftsentwicklung und konterkariert das Ziel von mehr  
16 Verteilungsgerechtigkeit. Einkommen, Chancen und gesellschaftliche Teilhabe sind  
17 heute weiterhin sehr ungleich verteilt. Die Ungleichheit bei Vermögen ist in  
18 Deutschland selbst im Vergleich zu anderen Industriestaaten extrem. All das nährt  
19 Unzufriedenheit, Abstiegsängste und Unsicherheit in der Bevölkerung. Manche fühlen  
20 sich nicht ausreichend gehört oder halten sich für machtlos, etwas zu verändern.  
21 Statt sich solidarisch zusammenzutun, resignieren sie. Andere wenden sich von  
22 solidarischen Lösungen ab und werden empfänglich für Rechtspopulist\*innen.
- 23 Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften setzen sich ein für eine  
24 Verteilungspolitik, die die Interessen der Beschäftigten und unseres Gemeinwesens in  
25 den Mittelpunkt stellt. Dies ist nicht nur eine Frage der Gerechtigkeit, sondern auch  
26 elementar für die Zukunft der Demokratie.
- 27 • Vor diesem Hintergrund werden der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften die  
28 Verteilungsgerechtigkeit in den kommenden Jahren zu einem Schwerpunktthema  
29 machen, auch um mit Blick auf die nächste Bundestagswahl gemeinsam mit  
30 potentiellen Bündnispartner\*innen ihre Kampagnenfähigkeit zu stärken.
- 31 • Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften fordern eine entsprechende Trendumkehr  
32 in der Politik. Übergeordnetes Ziel muss sein, dass sich Reformen an der  
33 substanziellen Verbesserung der Lebens- und Arbeitssituation von Beschäftigten  
34 mit niedrigen und mittleren Einkommen ausrichten. Dabei geht es im Kern um  
35 Bereiche, die das Grundgerüst einer solidarischen Gemeinschaft bilden: Neben der

36 Stärkung der Tarifbindung, des Sozialstaats und der Demokratisierung der  
37 Arbeitswelt, braucht es eine Steuer- und Finanzpolitik, die auskömmliche  
38 verfügbare Einkommen und den Vermögensaufbau von breiten Bevölkerungsgruppen  
39 ermöglicht, die Reiche in die Verantwortung nimmt sowie die öffentliche  
40 Daseinsvorsorge und Infrastruktur verbessert.

#### 41 **Öffentliche Daseinsvorsorge für soziale Gerechtigkeit, Teilhabe und** 42 **Demokratievertrauen**

43 Die Sichtbarkeit und hohe Qualität von öffentlichen Dienstleistungen, wie in Kitas  
44 und Schulen, Jugendämtern, Schwimmbädern und Bibliotheken, im Nah- und  
45 Regionalverkehr oder in Bürgerämtern stärken das Vertrauen der Menschen in  
46 staatliches Handeln. Eine leistungsfähige Gesundheitsversorgung und Pflege für alle,  
47 eine gut ausgestattete und überall erreichbare Polizei, eine verlässliche  
48 Energieversorgung und bezahlbarer Wohnraum – all das trägt entscheidend zur  
49 Lebenszufriedenheit und zum Sicherheitsgefühl der Bevölkerung bei. Bezahlbare und  
50 bedarfsgerechte Angebote der Daseinsvorsorge haben eine positive Verteilungswirkung  
51 und reduzieren Armut. Sie ermöglichen gerade Haushalten mit kleinen und mittleren  
52 Einkommen gesellschaftliche Teilhabe und ein Leben in Würde. Insbesondere in den  
53 Kommunen erleben die Menschen den Staat unmittelbar und müssen sich darauf verlassen  
54 können, dass die Politik handlungsfähig bleibt und für ein hochwertiges Angebot an  
55 Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge sorgt, das unmittelbar erfahrbar ist.

56 Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften setzen sich deshalb dafür ein, dass

- 57 • insbesondere Bund und Länder dafür Sorge tragen, die öffentliche Daseinsvorsorge  
58 in all ihren Bereichen finanziell, personell und technisch zu stärken. Die  
59 kommunale Ebene - mit ihrem hohen Investitionsstau und ihrer großen  
60 Verantwortung für die öffentliche Daseinsvorsorge - muss hierbei in besonderem  
61 Maße unterstützt und entlastet werden. Gerade in ländlichen und  
62 strukturschwachen Regionen sind Angebote zu erhalten und bereits weggebrochene  
63 Strukturen wieder aufzubauen. So können gleichwertige Lebensverhältnisse und  
64 Chancen für alle Bürger\*innen ermöglicht, Vertrauen in Staat und Demokratie  
65 zurückgewonnen und eine nachhaltige Wirtschaftsentwicklung mit guten  
66 Arbeitsplätzen gefördert werden.
- 67 • weitere Privatisierungen der Daseinsvorsorge verhindert werden. Stattdessen gilt  
68 es, Finanzmacht und Renditestreben zurückzudrängen und die  
69 Gemeinwohlorientierung in den Mittelpunkt zu stellen. Ein starker und  
70 leistungsfähiger Sozialstaat muss als Garant des sozialen Friedens und sozialer  
71 Gerechtigkeit aktiv gefördert werden. Wo sinnvoll, sind Rekommunalisierungen und  
72 die (Rück-)Gewinnung öffentlichen Eigentums das richtige Mittel!
- öffentliche Infrastruktur auch öffentlich finanziert wird; die Finanzierung  
73 öffentlicher Investitionen darf keine Quelle für Extraprofite im Rahmen von  
74 Public-Private-Partnerships (PPP) oder anderen Privatisierungsmodellen sein. Die  
75 demokratische Kontrolle der öffentlichen Hand muss gesichert bleiben.
- 76 • auch Sport, Medien, Kunst und Kultur klar der öffentlichen Daseinsvorsorge  
77 zugerechnet werden. Sie müssen für alle Menschen zugänglich sein und vor

78 Einflussnahme durch autoritäre Kräfte geschützt werden. Denn öffentliche  
79 Daseinsvorsorge ist auch ein Schutzraum für eine vielfältige, freie und  
80 solidarische Gesellschaft.

81

## 82 **Universelle Anforderungen an eine gute und verteilungsgerechte Daseinsvorsorge**

83 Gesellschaftliche, demografische, technische und ökologische Veränderungen stellen  
84 neue Ansprüche an die öffentliche Daseinsvorsorge und ihre Akteur\*innen. Gleichzeitig  
85 gibt es Anforderungen, die immer und unter allen Bedingungen erfüllt werden müssen.

86 Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften fordern für alle Bereiche der  
87 Daseinsvorsorge:

- 88 • **Bezahlbarkeit:** Eine gute Grundversorgung mit öffentlichen Angeboten der  
89 Daseinsvorsorge sowie der physischen und sozialen Infrastruktur muss gesichert  
90 und für alle Bürger\*innen bezahlbar sein. Gesellschaftliche Teilhabe und die  
91 Inanspruchnahme von Daseinsvorsorge dürfen nicht zur Kostenfalle werden oder gar  
92 arm machen. Wo nötig, müssen Preise sinnvoll reguliert oder subventioniert  
93 werden.
- 94 • **Erreichbarkeit und Bedarfsgerechtigkeit:** Der Staat muss Leistungen der  
95 öffentlichen Daseinsvorsorge und Infrastruktur so zur Verfügung stellen, dass  
96 sie unabhängig von Wohnort und Betriebsstätte in Anspruch genommen werden  
97 können. Ein barrierefreier analoger und digitaler Zugang ist sicherzustellen.  
98 Angebote der Daseinsvorsorge müssen sich an den Bedarfen der Menschen und nicht  
99 an der öffentlichen „Kassenlage“ orientieren. Regionale Besonderheiten müssen  
100 anerkannt werden. Gerade in ländlichen und strukturschwachen Regionen gilt es  
101 angesichts der Abwanderung jüngerer Generationen spezifische Problemlagen  
102 gezielt anzugehen. Der DGB wird dafür gemeinsam mit seinen  
103 Mitgliedsgewerkschaften in den kommenden Jahren gemeinwohlorientierte Konzepte  
104 erarbeiten, die konkret auf die besonderen Anforderungen der Daseinsvorsorge in  
105 ländlichen und strukturschwachen Regionen eingehen.
- 106 • **Geschlechtergerechtigkeit:** Frauen sind in besonderem Maße auf ein  
107 funktionierendes Staatswesen angewiesen. Einerseits als Beschäftigte in  
108 Bereichen der öffentlichen Daseinsvorsorge, andererseits, weil für sie die  
109 Vereinbarkeit von Erwerbs- und Sorgearbeit noch heute eine große Herausforderung  
110 darstellt. Die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Genderkompetenz auf  
111 allen Ebenen der sozialen und technischen Daseinsvorsorge bzw. Infrastruktur ist  
112 sicherzustellen. Institutionelle Mechanismen und Einrichtungen, die  
113 Gleichstellung fördern (z.B. Gender Budgeting, Gleichstellungsbeauftragte),  
114 müssen gestärkt und ausgebaut werden. Sie dürfen nicht als bürokratische  
115 Hemmnisse diffamiert werden.
- 116 • **Inklusivität:** Einrichtungen der öffentlichen Daseinsvorsorge und Infrastruktur  
117 müssen für alle Menschen diskriminierungsfrei zugänglich sein – das ist völker-  
118 und europarechtlich vorgegeben, beispielsweise in den EU-  
119 Antidiskriminierungsrichtlinien, sowie durch das Allgemeine  
120 Gleichbehandlungsgesetz (AGG) geregelt. Der inklusive und barrierefreie Zugang

121 zu diesen Gütern – unabhängig von sozialer oder ethnischer Herkunft, Alter,  
122 Geschlecht, sexueller Identität, Behinderung, Religion oder Weltanschauung –  
123 konkretisiert (auch) das Sozialstaatsgebot.

124 • Klimagerechtigkeit und Resilienz: Eine vorausschauende Klimaanpassungsstrategie  
125 ist zentraler Bestandteil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Der Klimawandel  
126 trifft unsere Gesellschaft schon heute in höchst ungleicher Weise: Ärmere  
127 Menschen werden von den Folgen, wie z.B. Hitze, mit am stärksten belastet.  
128 Zugleich tragen sie am geringsten zu den Ursachen der globalen Erwärmung bei. Um  
129 Vorsorge zu treffen und die Resilienz zu stärken, sind umfassende Reformen und  
130 v.a. kommunale Investitionen nötig.

131 • Förderung Guter Arbeit: Einrichtungen der öffentlichen Daseinsvorsorge müssen  
132 mit gutem Beispiel vorangehen und ihren Beschäftigten angemessene Bezahlung und  
133 gute Arbeitsbedingungen bieten. Unternehmen, die öffentliche Infrastruktur  
134 bereitstellen, müssen Gute Arbeit, Mitbestimmung und die Anwendung von  
135 Tarifverträgen garantieren. Dazu braucht es auch wirksame und durchsetzbare  
136 Tariftreuegesetze.

### 137 **Gute und nachhaltige Lebensbedingungen für alle sind gerecht finanzierbar**

138 Eine gerechte und nachhaltige Zukunft für alle ist finanzierbar, wenn langfristige  
139 Investitionen – über das in Dauer und Höhe beschränkte „Sondervermögen Infrastruktur  
140 und Klimaneutralität“ (SVIK) hinaus – auch per Kredit finanziert werden.  
141 Gleichmaßen zentral ist, dass Gewinne, Kapitaleinkünfte, sehr hohe Einkommen,  
142 Erbschaften und Vermögen künftig einen angemessenen und dauerhaften Beitrag zum  
143 Steueraufkommen leisten.

144 • Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften setzen sich dafür ein, dass alle  
145 Zukunftsinvestitionen durch eine grundlegende Reform von der Schuldenbremse  
146 ausgenommen und über Kredite finanziert werden können („neue Goldene Regel“).  
147 Eine Kreditfinanzierung ist in erster Linie bei Staatsausgaben sinnvoll, die  
148 hohe Fiskalmultiplikatoren, also Wachstums- und Selbstfinanzierungseffekte,  
149 aufweisen sowie Produktivität und Produktionskapazitäten erhöhen oder soziale  
150 bzw. ökologische Belastungen verringern. Vor diesem Hintergrund ist die  
151 unbegrenzte Finanzierung von Militärausgaben per Kredit ökonomisch langfristig  
152 nicht darstellbar.

153 • Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften fordern eine soziale und  
154 zukunftsorientierte Haushaltspolitik, die öffentliche Investitionen in Bildung,  
155 Gesundheit, Klimaschutz, Soziales und die sozial-ökologische Modernisierung  
156 stärkt, statt sie zur haushaltspolitischen Manövriermasse zu machen. Kürzungen  
157 in zentralen Bereichen wie der Arbeitsmarktpolitik, der sozialen Sicherheit,  
158 Bildung, Integration, Gesundheit, Wohnen, Weiterbildung, dem Öffentlichen  
159 Personenverkehr, dem Klimaschutz oder der internationalen  
160 Entwicklungszusammenarbeit lehnen der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften ab.  
161 Finanzielle Einschnitte an diesen Stellen sind gesellschaftspolitisch  
162 unverantwortlich und ökonomisch kontraproduktiv und belasten besonders Menschen  
163 mit kleinen und mittleren Einkommen.

- 164 • Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften fordern, in der turnusmäßigen  
165 Erfolgskontrolle des Sondervermögens zu überprüfen, ob die daraus vorgenommenen  
166 Investitionen Beschäftigung sichern und eine gerechte Verteilung von  
167 Wohlstandszuwächsen, gute Arbeit und Lebensverhältnisse sowie den klimagerechten  
168 Umbau der Wirtschaft fördern. Eine Bewertung allein nach wirtschaftlicher  
169 Effizienz lehnen wir ebenso ab wie einen restriktiven Tilgungsplan für das  
170 Sondervermögen, der in den späteren Jahren unnötig Druck in den Kernhaushalten  
171 auslösen würde.
- 172 • Es braucht eine ausreichende Finanzierungsunterstützung für die Länder und  
173 Kommunen - vor allem zur Beseitigung des kommunalen Investitionsrückstandes von  
174 mehr als 200 Milliarden Euro. Wir begrüßen, dass die Bundesregierung im Rahmen  
175 des SVIK über das Länder-und-Kommunal-Infrastrukturfinanzierungsgesetz (LuKIFG)  
176 hierfür Mittel in Höhe von 100 Milliarden Euro bereitstellt. Stand heute ist  
177 aber, dass diese noch nicht einmal ausreichen werden, um die aktuelle kommunale  
178 Investitionstätigkeit zu stabilisieren. Es bedarf daher einer nachhaltigen  
179 Verbesserung der kommunalen Finanzierungssituation.
- 180 • Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften halten an ihrem Konzept für eine  
181 grundlegende Reform des Steuersystems fest und entwickeln dieses fortlaufend  
182 weiter, um die Masse der Beschäftigten zu entlasten, die Staatseinnahmen zu  
183 erhöhen und eine sinnvolle Lenkungswirkung zu erzielen – insbesondere im  
184 Hinblick auf die Stärkung des Tarifvertragssystems.
- 185 • Für die Entlastung unterer und mittlerer Einkommen und für mehr  
186 Geschlechtergerechtigkeit bedarf es einer Reform der Lohn- und Einkommensteuer,  
187 vor allem durch einen verteilungsgerechteren, durchgehend linear-progressiven  
188 Einkommensteuertarif.
- 189 • Zur Stärkung der Länderhaushalte muss die Vermögensteuer in reformierter Form  
190 wiedererhoben und die Privilegierung von Unternehmervermögen bei der Erbschaft-  
191 und Schenkungsteuer beseitigt werden. Damit wird zugleich sichergestellt, dass  
192 insbesondere große Vermögen nicht der Besteuerung entzogen werden können. Um die  
193 Einnahmehasis des Bundes zu stärken, zugleich die Finanzmarktstabilität zu  
194 erhöhen und makroökonomische Ungleichgewichte abzubauen, müssen eine  
195 Finanztransaktionsteuer und eine Vermögensabgabe auf außerordentlich große  
196 Vermögen erhoben werden.
- 197 • Um einen gleichmäßigen und gerechten Vollzug des Steuerrechts sicherzustellen,  
198 ist eine deutlich bessere Personalausstattung in der Finanzverwaltung und  
199 besonders in der Steuerfahndung dringend erforderlich. Digitalisierung und der  
200 Einsatz Künstlicher Intelligenz können im Kampf gegen Steuerhinterziehung und  
201 nicht intendierte Praktiken der Steuervermeidung eine Hilfe sein, werden aber  
202 menschliches Wissen und Praxiserfahrung nicht ersetzen können.
- 203 • Es braucht einen ermäßigten Umsatzsteuersatz auf verschreibungspflichtige  
204 Medikamente und Heilmittel zur Entlastung der gesetzlichen Krankenversicherungen  
205 und von deren Mitgliedern. Überdies muss die Umsatzsteuer auf Bildungsleistungen  
206 jedweder Art abgeschafft werden, um Fort- und Weiterbildungen attraktiver zu

207 machen.

- 208 • Pauschale Steuersatzsenkungen und weitere wenig zielgerichtete  
209 Steuerentlastungen für Unternehmen lehnen der DGB und seine  
210 Mitgliedsgewerkschaften ab - insbesondere dann, wenn mit ihnen keinerlei  
211 Verpflichtungen zur Tarif- oder Sozialbindung sowie zu Investitionen in  
212 klimaneutrale Technologien verbunden sind. Stattdessen setzen wir uns für die  
213 umgehungsfreie Umsetzung der Mindestbesteuerung international tätiger Konzerne  
214 sowie für die stärkere Besteuerung außergewöhnlich hoher Profite ein.

#### 215 **Kommunen dauerhaft stärken und von Altschulden entlasten**

216 Ein Großteil der öffentlichen Daseinsvorsorge wird von den Kommunen verantwortet. In  
217 den letzten Jahrzehnten haben sie allerdings immer mehr Aufgaben übertragen bekommen,  
218 ohne finanziell entsprechend ausgestattet zu werden. Die finanzielle Lage vieler  
219 Kommunen ist dramatisch, ein massiver Investitionsrückstand hat sich angestaut.

220 Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften fordern vor diesem Hintergrund

- 221 • eine dauerhafte strukturelle Stärkung der kommunalen Einnahmehasis, u.a. durch  
222 eine Weiterentwicklung der Gewerbesteuer hin zu einer Gemeindefinanzierungssteuer.  
223 So würden auch freie Berufe einen Beitrag zur Finanzierung des kommunalen  
224 Gemeinwesens leisten.
- 225 • dass das Konnexitätsprinzip wirksam umgesetzt wird. Der Grundsatz „wer bestellt,  
226 zahlt“ muss endlich konsequent eingehalten werden. Werden den Kommunen Aufgaben  
227 übertragen, brauchen sie dafür das notwendige Geld.
- 228 • stark überschuldete Kommunen solidarisch von ihren Altschulden zu entlasten.  
229 Bund und Länder tragen eine hohe Mitverantwortung an deren Entstehung. Sie  
230 sollten sich daher paritätisch an deren Begleichung beteiligen und die  
231 kommunalen Liquiditätskredite über 100 Euro pro Einwohner\*in übernehmen. Die von  
232 der Bundesregierung und den Ländern dafür bereit gestellten Mittel reichen nicht  
233 aus.
- 234 • dass Initiativen zur Rekommunalisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge  
235 unterstützt werden.
- 236 • die Einführung einer Gemeinschaftsaufgabe Klimaschutz und Klimaanpassung.

#### 237 **Bezahlbarer Wohnraum als Kernaufgabe der Daseinsvorsorge**

238 Die Bereitstellung von bezahlbarem Wohnraum ist eine der drängendsten sozialen und  
239 verteilungspolitischen Herausforderungen unserer Zeit. Haushalte mit kleinen und  
240 mittleren Einkommen sind besonders von steigenden Mieten und überbelegtem Wohnraum  
241 betroffen, während privatwirtschaftliche Immobilienkonzerne Milliarden an ihre  
242 Aktionär\*innen ausschütten. Daher gilt es, das gemeinnützige, nicht-profitorientierte  
243 Segment im Wohnungsmarkt zu stärken. Eine integrierte und geschlechtersensible  
244 Politik, die Boden-, Bau- und Mietrecht gleichermaßen in den Blick nimmt, ist dafür  
245 unerlässlich. Gleichzeitig ist der Wohnungsbestand ein wichtiges Handlungsfeld zum  
246 Erreichen von Klimaneutralität.

247 Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften setzen sich dafür ein,

- 248 • Wohnraumversorgung wieder als zentrale Aufgabe der öffentlichen Daseinsvorsorge

- 249 zu verstehen. Dies bedeutet auch, dass der Anteil der Wohnungen im öffentlichen  
250 Eigentum erhöht, die Wohnraumförderung für kleine und mittlere Einkommensgruppen  
251 deutlich ausgeweitet und exzessive Preisentwicklungen am Boden- und  
252 Immobilienmarkt eingedämmt werden.
- 253 • langfristig bezahlbaren und mitbestimmten Wohnraum für Studierende und  
254 Auszubildende zu schaffen. Hierfür muss die zugesagte Verdoppelung der  
255 Bundesmittel für das Bund-Länder-Programm „Junges Wohnen“ unter Hochdruck  
256 vorangetrieben, perspektivisch weiter aufgestockt und verstetigt werden. Ohne  
257 preisgünstigen Wohnraum in einem öffentlich geförderten Wohnheim können sich  
258 viele Auszubildende und Studierende ihre Ausbildung oder Studium nicht leisten.  
259 Dazu gehört ebenfalls eine deutliche Erhöhung der Wohnkostenpauschale beim  
260 BAföG, entsprechend den regionalen Obergrenzen nach dem Wohngeldgesetz. Die  
261 Bundeskompetenzstelle zum Azubiwohnen muss ausfinanziert, Azubiwerke müssen  
262 geschaffen werden.
  - 263 • zur Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaus gezielte Investitionszulagen  
264 bereitzustellen und die Möglichkeit begrenzter Rendite-Ausschüttungen  
265 einzuräumen. Außerdem muss das Wohngemeinnützigkeitsrecht weiterentwickelt  
266 werden, um dieses z.B. für kommunale Wohnungsunternehmen attraktiver zu machen.  
267 Auf diese Weise lässt sich ein signifikanter Anteil dauerhaft mietpreis- und  
268 belegungsgebundenen Wohnraums erreichen.
  - 269 • den Rückgang des Sozialwohnungsbestands zu stoppen und umzukehren. Langfristig  
270 ist ein Sozialwohnungsbestand von mindestens 2 Millionen Wohnungen bundesweit  
271 anzustreben. Hierfür sind eine bedarfsgerechte Aufstockung der Mittel bei Bund  
272 und Ländern sowie längerfristige und unbefristete Mietpreis- und  
273 Belegungsbindungen notwendig. Unterschiedliche Förderziele wie z.B. die  
274 Schaffung von Wohnheimplätzen für Azubis, die Vermeidung von Wohnungslosigkeit  
275 oder die Unterstützung von Haushalten mit mittleren Einkommen, müssen beim  
276 Mittelansatz durch Bund und Länder adäquat berücksichtigt werden und dürfen  
277 nicht dazu führen, dass auf den Wohnungsmarkt benachteiligte Gruppen  
278 gegeneinander ausgespielt werden.
  - 279 • eine umfassende Mietrechtsreform dringend umzusetzen, um Mieter\*innen wirksam  
280 vor steigenden Kosten zu schützen. Zentral hierfür sind die Entfristung und  
281 Verschärfung der Mietpreispbremse sowie des Umwandlungsschutzes, die Abschaffung  
282 von Ausnahmen für möblierte Wohnungen, die Absenkung der Kappungsgrenze, eine  
283 konsequente Ahndung von Mietwucher und der missbräuchlichen Nutzung von  
284 Eigenbedarfskündigungen sowie die Anwendung von Schonfristzahlungen auch auf  
285 ordentliche Kündigungen. Ergänzend braucht es kurzfristig einen befristeten  
286 Mietenstopp oder Mietendeckel, um die Dynamik des Mietanstiegs zu brechen und  
287 Mieter\*innen zu entlasten.
  - 288 • dass eine gemeinwohlorientierte Bodenpolitik ein zentrales Element einer  
289 nachhaltigen Wohnungspolitik wird. Dazu gehören unter anderem die Stärkung  
290 kommunaler Vorkaufsrechte, der verstärkte Einsatz von Erbbaurechten sowie die  
291 Einrichtung kommunaler Bodenfonds, die als strategische Bodenreserve  
292 spekulativen Entwicklungen auf dem Bodenmarkt entgegenwirken können. Dabei

293 müssen Bund und Länder die Kommunen finanziell unterstützen. Öffentliche  
294 Grundstücke sollten bevorzugt an kommunale Wohnungsunternehmen, Genossenschaften  
295 und gemeinwohlorientierte Träger vergeben werden – unter Berücksichtigung von  
296 sozialen und ökologischen Kriterien. Darüber hinaus müssen weitere Instrumente  
297 zur Eindämmung exzessiver Bodenpreisentwicklungen geschaffen werden.

298 • dem Rückbau der Daseinsvorsorge, Leerstand und Sanierungsstau im ländlichen Raum  
299 bzw. in Räumen mit rückläufiger Bevölkerung zu begegnen. Hierfür muss die  
300 kommunale Handlungsfähigkeit gestärkt werden.

301 • anzuerkennen, dass Frauen in besonderem Maße von Wohnraumknappheit betroffen  
302 sind. Ursachen dafür liegen vor allem im bestehenden Gender Pay Gap sowie in der  
303 ungleich verteilten Sorgearbeit. Diese strukturellen Ungleichheiten führen zu  
304 geringeren finanziellen Ressourcen und damit zu Nachteilen auf dem angespannten  
305 Wohnungsmarkt. Frauen sind daher in besonderer Weise auf die Bereitstellung  
306 bezahlbaren Wohnraums im gemeinnützigen und sozialen Wohnungsmarktsegment  
307 angewiesen. Ihre häufig höhere Wohnkostenbelastung – etwa als alleinerziehende  
308 Mütter oder im Alter – muss gezielt berücksichtigt werden.

309 • sozial-ökologische Aspekte des Bauens und das Ziel eines klimaneutralen  
310 Gebäudebestands als integralen Bestandteil einer zukunftsfähigen Wohnungspolitik  
311 zu etablieren. Hierzu zählt auch die Neugestaltung der energetischen  
312 Modernisierungsumlage, um notwendige Modernisierungen sozial gerecht zu  
313 finanzieren.

314 • dass ressourcenschonendes Bauen und sparsamer Flächenverbrauch ebenso gefördert  
315 werden wie der an den regionalen Bedarfen orientierte altersgerechte und  
316 barrierefreie Wohnungsbau. Dabei sollte auf Rückbaupflichten für barrierearme  
317 Umbauten verzichtet werden. Ein dauerhaftes Bundesprogramm zur Förderung  
318 gemeinschaftlicher Wohnformen wie Mehrgenerationenwohnen, Wohngemeinschaften,  
319 genossenschaftliches Wohnen und betreutes Wohnen ist erforderlich, um  
320 insbesondere älteren Menschen ein selbstständiges Leben im vertrauten Umfeld zu  
321 ermöglichen.

322 • Für die Gewerkschaften bedeutet Wohnungspolitik auch, die Arbeitsbedingungen in  
323 der Bau- und Wohnungswirtschaft in den Fokus zu rücken. Tarifflicht und die  
324 Vermeidung betrieblicher Mitbestimmung haben dort in den letzten Jahren  
325 zugenommen – diese Entwicklung gilt es konsequent umzukehren. Im Baugewerbe  
326 müssen Schwarzarbeit sowie Lohn- und Sozialdumping konsequent bekämpft werden.  
327 Um den Wohnungsbau auf das erforderliche Niveau auszuweiten, müssen die  
328 politischen Rahmenbedingungen ebenso verbessert werden, wie auch die Ausbildung  
329 in den Bauberufen gestärkt werden muss, um die notwendige Fachkräftebasis zu  
330 schaffen.

### 331 **Netzinfrastrukturen in den Dienst des Gemeinwohls stellen und Bezahlbarkeit** 332 **gewährleisten**

333 Für das öffentliche und wirtschaftliche Leben sind moderne Gesellschaften auf  
334 Netzinfrastrukturen und digitale Architekturen wie vor allem Cloud-Strukturen  
335 angewiesen. Bei Netzen handelt es sich im Regelfall um kritische

336 Monopolinfrastrukturen der öffentlichen Daseinsvorsorge, die leistungsfähig und für  
337 alle zugänglich sein müssen.

338 Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften fordern

- 339 • dass der Staat seine Verantwortung für Energie-, Verkehrs-, Telekommunikations-  
340 und digitale Netze wahrnehmen muss. Der anhaltende Investitionsstau muss zügig  
341 aufgelöst werden. Die Errichtung und Bewirtschaftung von Netzen dürfen sich  
342 nicht ausschließlich an Profitinteressen orientieren, sondern müssen dem  
343 Gemeinwohl und Guter Arbeit dienen – durch öffentliche Eigentümerschaft,  
344 demokratische Kontrolle und gewerkschaftliche Mitbestimmung. Wo Profitinteressen  
345 privater Unternehmen notwendige Investitionen verhindern, muss der Staat sich  
346 stärker beteiligen und seinen Einfluss vergrößern.
- 347 • einen Zugang für alle Menschen zu Energie, Mobilität und Telekommunikation -  
348 unabhängig vom Geldbeutel. Das Deutschlandticket hat es im Bereich Mobilität  
349 vorgemacht: Seine Einführung hat bewirkt, dass bezahlbarer Nah- und  
350 Regionalverkehr stärker genutzt wird. Deshalb muss es dauerhaft von Bund und  
351 Ländern gesichert, weiterentwickelt und preisstabil finanziert werden – ergänzt  
352 durch eine bundesweit einheitliche Sozialticket-Regelung. Zudem braucht es im  
353 öffentlichen Nah-, Regional- und im Fernverkehr Mitnahmeregelungen für Kinder und  
354 reduzierte Preise für Schüler\*innen, Auszubildende, Alleinerziehende, Eltern im  
355 Elterngeldbezug und Senior\*innen, und nicht zuletzt Semester-Tickets für  
356 Studierende in ganz Deutschland.
- bei sämtlichen Maßnahmen der Verkehrs- und Infrastrukturpolitik die besonderen  
357 Bedarfe von Frauen zu berücksichtigen und für deren geschlechtergerechte  
358 Ausgestaltung zu sorgen. Frauen müssen Beruf und Sorgeverantwortung weit stärker  
359 vereinbaren und ihr Mobilitätsverhalten zeichnet sich oft durch viele, kleine  
360 Wegestrecken aus. Verkehrs- und Infrastrukturpolitik sowie staatliche  
361 Unterstützungsstrukturen orientieren sich aber am männlichen  
362 Mobilitätsverhalten, das durch eine längere Wegestrecke hin zur Arbeit und  
363 zurück gekennzeichnet ist.
- 364 • bei der Weiterentwicklung der Verkehrsräume dem Ziel der „Vision Zero“ – also  
der Reduzierung aller Verkehrstoten und -schwerverletzten auf null – als  
365 zentraler Leitdoktrin zu folgen. Dabei ist insbesondere der Tatsache Rechnung zu  
366 tragen, dass der Verkehr der Arbeitsplatz vieler Menschen ist. Auch hinsichtlich  
367 des Schutzes von Personen, die im Verkehr arbeiten, besteht deshalb akuter  
368 Handlungsbedarf. Leider kommt es bei der Ausübung von Tätigkeiten im Verkehr  
369 regelmäßig zu - oft schweren - Unfällen. Die Sicherheit und Sichtbarkeit von  
370 Beschäftigten im Verkehr müssen daher stärker in den verkehrspolitischen Fokus  
371 rücken.

372

373

374 **Staatliche Verantwortung für Gesundheit und Pflege stärken**

375 Die gesundheitliche und pflegerische Versorgung sind lebenswichtige Elemente der  
376 Daseinsvorsorge. Das Solidarsystem GKV und die soziale Pflegeversicherung tragen

377 Sorge dafür, dass Erkrankte und Pflegebedürftige weitgehend unabhängig von  
378 individuellen Merkmalen wie Alter, Gesundheitsrisiken oder Einkommen gesundheitlich  
379 und pflegerisch versorgt werden. Diese Eckpfeiler des Sozialstaates gilt es  
380 abzusichern und weiterzuentwickeln.

381 Der DGB und seine Mitgliedgewerkschaften kämpfen für

382 • eine Entlastung der Versicherten von den Kosten für gesamtgesellschaftliche  
383 sowie versicherungsfremde Leistungen, die den gesetzlichen Kranken- und  
384 Pflegekassen politisch übertragen worden sind.

385 • ausreichend Finanzmittel für die föderalen Ebenen, um die gesundheitliche und  
386 pflegerische Infrastruktur bedarfsgerecht zu finanzieren. Das muss insbesondere  
387 für Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen gelten, für die die Investitionskosten  
388 durch die zuständigen Bundesländer vollständig über Steuern zu finanzieren  
389 sind.

390 • die Organisation einer wohnortnahen, personen- und beteiligungsorientierten  
391 Versorgung im örtlichen Verbund. Die kommunalen Träger haben in einer  
392 zukünftigen Pflege- und Versorgungslandschaft eine besondere koordinierende und  
393 gestaltende Funktion. Dies betrifft die Sicherung und Weiterentwicklung von  
394 personellen Ressourcen und einer generationengerechten Infrastruktur, die  
395 bundes- und landesrechtlich abgebildet werden muss.

396 • die Absicherung der Versorgung mit Arznei-, Heil- und Hilfsmitteln durch den  
397 Staat, in dem er sichere Lieferketten und/oder die Diversifikation von  
398 Produktion garantiert.

399 • die Stärkung des Öffentlichen Gesundheitsdienstes auf allen Ebenen, inklusive  
400 der Gesundheitsämter. Hygieneprüfungen, Infektions- und Gesundheitsschutz,  
401 Beratung und Information, Begutachtung, Prävention, Koordination und  
402 Qualitätssicherung sind hierbei Schwerpunkte.

403 • gute Arbeitsbedingungen sowie Entlastung für Beschäftigte im Gesundheitswesen  
404 und in der Pflege, indem dort eine bedarfsgerechte Personalausstattung  
405 gesetzlich vorgegeben und konsequent umgesetzt wird.

406 **Öffentliche Betreuungs-, Bildungs- und Freizeitinfrastruktur ausbauen und Qualität**  
407 **sichern**

408 Die gesellschaftliche Bedeutung von Betreuung, Erziehung und Bildung von der Kita und  
409 Schule bis zur Hochschulbildung, der Berufs- und Weiterbildung ist für die  
410 Chancengleichheit von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen ebenso wie für die  
411 Lebens- und Berufsplanung von Eltern unumstritten. Der Wert verlässlicher Angebote  
412 der Freizeit-, Beratungs-, Hilfe – und Unterstützungseinrichtungen für Kinder,  
413 Jugendliche, Erwachsene und Erziehungsberechtigte ist enorm. Bedarfsgerecht  
414 ausgebaute, verlässliche Kinderbetreuungs- und Bildungsangebote sind Voraussetzung  
415 dafür, dass vor allem Mütter die Chance erhalten, erwerbstätig zu sein und ihre  
416 Arbeitszeiten selbstbestimmt(er) zu gestalten. Für Alleinerziehende ist das oft eine  
417 existenzielle Frage. Für die Umverteilung von Erwerbs- und Sorgearbeit zwischen  
418 Frauen und Männern sind gute Kinderbetreuung und eine durchgängig gute  
419 Bildungsinfrastruktur unverzichtbar.

420 Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften fordern

- 421 • die besten Startchancen für alle Kinder und Jugendliche – unabhängig von  
422 Kassenlage, Region und Elternhaus – mithilfe lebenswegbegleitender Bildungs-,  
423 Kinder- und Jugendhilfe-Einrichtungen. Einrichtungen der Daseinsvorsorge müssen  
424 so ausgebaut sein, dass Mütter und Väter - unabhängig von der jeweiligen  
425 Familienkonstellation und ohne Sorge um die Betreuung ihrer Kinder - einer  
426 existenzsichernden Erwerbstätigkeit nachgehen können.
- 427 • die zügige Schaffung verlässlicher ganztägiger Betreuungs- und Bildungsangebote  
428 sowie der infrastrukturellen und personellen Voraussetzungen für die  
429 Ganztagsbetreuung von Kindern im Grundschulalter.
- 430 • dass Investitionen in die Infrastruktur der Bildung, Betreuung und Erziehung  
431 erhöht und verstetigt werden. Zudem müssen verbindliche Qualitätsstandards  
432 geschaffen werden.
- eine angemessene Ausstattung der Kinder- und Jugendhilfe und der öffentlichen  
433 Freizeiteinrichtungen für Jugendliche und junge Erwachsene sowie die  
434 bedarfsgerechte Förderung von Kindern und Jugendlichen.
- 435 • verlässliche, qualitativ hochwertige, bedarfsgerecht finanzierte, allen  
zugängliche Studien- und Ausbildungsbedingungen.

436

437

- 438 • die Gewinnung, Ausbildung und Bindung pädagogischer Fachkräfte. Maßnahmen zur  
439 Entlastung und Weiterentwicklung von Fachkräften müssen getroffen und hohe  
440 Standards für das Personal und die Rahmenbedingungen festgelegt werden.
- ein gutes Angebot an nicht-kommerziellen Bildungseinrichtungen für alle  
441 Altersgruppen.

442

#### 443 **Strukturpolitik weiterentwickeln, beschäftigungspolitische Vorgaben verankern**

444 Deutschland ist ein wirtschaftlich starkes Land, das jedoch von erheblichen  
445 regionalen Ungleichheiten geprägt ist. Der beschleunigte Strukturwandel infolge von  
446 Demografie und Wanderungsbewegungen, Dekarbonisierung, Digitalisierung und  
447 geopolitischen Veränderungen droht diese Ungleichheiten weiter zu verschärfen. Vor  
448 Herausforderungen stehen dabei nicht nur strukturschwache Räume mit unzureichenden  
449 finanziellen oder institutionellen Kapazitäten, sondern auch Regionen, die bislang  
450 als wirtschaftlich stabil galten, aber einem hohen Transformationsdruck ausgesetzt  
451 sind. Dort, wo prägende Wirtschaftsstrukturen wegbrechen, steht häufig die Zukunft  
452 ganzer Regionen auf dem Spiel.

453 Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften setzen sich insbesondere ein

- 454 • für eine proaktive Struktur- und Investitionspolitik– durch eine räumlich  
455 sensible Mittelverteilung, die den regionalen Investitionsbedarf,  
456 Strukturschwäche und Transformationsdruck gleichermaßen in den Blick nimmt.
- 457 • dass bestehende Förderinstrumente wie das „Gesamtdeutsche Fördersystem für

458 strukturschwache Regionen“ (GFS) und die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der  
459 regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) weiterentwickelt, finanziell aufgestockt  
460 und sozial konditioniert werden.

461 • Die nationale Strukturförderung darf sich nicht nur auf strukturschwache  
462 Regionen beschränken. Auch Regionen im akuten oder perspektivischen  
463 Transformationsprozess müssen unterstützt werden, um ihnen Perspektiven für eine  
464 gerechte und solidarische Zukunft zu eröffnen. Um hierfür in der bestehenden  
465 Förderlandschaft einen geeigneten Rahmen zu schaffen, werden der DGB und seine  
466 Mitgliedsgewerkschaften ein Konzept mit geeigneten Indikatoren für die nationale  
467 Strukturförderung erarbeiten.

468 • Im Rahmen des GFS muss eine gezielte Förderung öffentlicher und wirtschaftsnaher  
469 Infrastrukturen, kommunaler und privater Investitionen sowie von Guter Arbeit  
470 durch tarifgebundene, mitbestimmte und zukunftssichere Beschäftigung erfolgen.

471 • für eine Stärkung der demokratischen Teilhabe auf regionaler Ebene. Dazu zählen  
472 neben einer Stärkung der regionalen und kommunalen Verwaltungskapazitäten auch  
473 der Ausbau politischer Bildung, die Förderung zivilgesellschaftlicher  
474 Initiativen und die Schaffung partizipativer Prozesse in Kommunen und Regionen.

475 • für die Verstärkung von Synergieeffekten zwischen europäischen und nationalen  
476 Programmen der Strukturförderung. Ziel muss es sein, dass auch auf der  
477 nationalen Ebene die Mittelverteilung und -verwendung im Rahmen eines  
478 partizipativen Prozesses erfolgt. Als Vorbild können das Partnerschaftsprinzip  
479 und der Bottom-Up Ansatz der europäischen Strukturpolitik dienen. Die Politik  
480 muss dafür auf regionaler Ebene Beteiligungsmöglichkeiten für die Sozialpartner  
481 mit verbindlich geregelten Mitbestimmungsrechten schaffen.

482 • für den strategischen Einsatz der verbliebenen Strukturwandelgelder in den  
483 Kohleregionen. Bei der Projektauswahl muss dort die Transformation von  
484 Arbeitsplätzen in tarifierte und mitbestimmte Arbeitsverhältnisse im Zentrum  
485 stehen.

#### 486 **Klima-Anpassung als öffentliche Daseinsvorsorge stärken**

487 Die Auswirkungen des Klimawandels – in Form von Extremwetterereignissen,  
488 Hitzeperioden und Überschwemmungen – sind bereits heute deutlich spürbar und werden  
489 in den kommenden Jahren weiter zunehmen. Eine unzureichende Vorbereitung auf diese  
490 Entwicklungen und fehlender Schutz besonders vulnerabler Gruppen würde nicht nur  
491 menschliches Leid verursachen, sondern zudem erhebliche Folgekosten für Gesellschaft,  
492 Infrastruktur und Wirtschaft nach sich ziehen. Die bisherigen Maßnahmen sind jedoch  
493 ungenügend und nicht sozial gerecht ausfinanziert. Die Folgen des Klimawandels zeigen  
494 sich auch deutlich in der Arbeitswelt.

495 Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften treten ein für

496 • die konsequente Umsetzung des Klimaanpassungsgesetzes. Die damit verbundenen  
497 Klimaanpassungsstrategien müssen zügig und flächendeckend implementiert werden.

498 • mehr Investitionen in Frühwarnsysteme, angepasste Verkehrsinfrastrukturen,

499 Deiche, Stadtgrün, entsiegelte Flächen und naturnahe Wälder. Auch  
500 Katastrophenschutz, Gesundheitswesen und v.a. die kommunale Verwaltung müssen  
501 personell und finanziell bedarfsgerecht ausgestattet werden.

## 502 **Öffentlichen Dienst stärken heißt Zukunft gestalten**

503 Ein leistungsfähiger öffentlicher Dienst ist Grundvoraussetzung für das Funktionieren  
504 unseres demokratischen Gemeinwesens. Die dort Beschäftigten tragen Verantwortung für  
505 zentrale gesellschaftliche Aufgaben – von Sicherheit und Bildung bis zur  
506 Daseinsvorsorge und Zukunftsgestaltung. Damit sie diesen Aufgaben auch unter sich  
507 wandelnden Rahmenbedingungen gerecht werden können, braucht der öffentliche Dienst  
508 verlässliche Strukturen, faire Arbeitsbedingungen und gezielte Investitionen in  
509 Personal, Qualifikation, Ausstattung und Schutz. Pauschale Kürzungen und strukturelle  
510 Vernachlässigung gefährden nicht nur die Attraktivität des öffentlichen Dienstes als  
511 Arbeitgeber, sondern auch die Handlungsfähigkeit des Staates insgesamt. Wer die  
512 Zukunftsfähigkeit Deutschlands sichern will, muss den öffentlichen Dienst stärken.

513 Zudem hat der DGB für die 1,5 Mio. verbeamteten Beschäftigten eine eigenständige  
514 Aufgabe als beamtenpolitische Spitzenorganisation. Die Verhandlungen zwischen  
515 Dienstherrn und Spitzenorganisationen sind der – wenn auch unzureichende – Ersatz  
516 für die den Beamt\*innen gesetzlich verwehrten Tarifverhandlungen.

517 Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften fordern daher:

- 518 • Keine pauschalen Stellenstreichungen auf Grund angespannter öffentlicher  
519 Haushalte.
- 520 • Die Personalausstattung muss auf der Grundlage systematischer und regelmäßiger  
521 Personalbedarfsanalysen erfolgen. Im öffentlichen Dienst wollen wir eine  
522 nachhaltige und geschlechtergerechte Personalpolitik, die Nachwuchskräften und  
523 älteren Beschäftigten gleichermaßen eine attraktive Perspektive bietet. Um die  
524 öffentliche Daseinsvorsorge gewährleisten zu können, ohne die Beschäftigten zu  
525 schädigen, ist eine langfristig belastbare Personal- und Ausbildungsplanung  
526 erforderlich.
- 527 • Die im öffentlichen Dienst geleistete gute Arbeit verdient Anerkennung. Dazu  
528 gehört neben unbedingter Tariftreue der öffentlichen Arbeitgeber\*innen auch  
529 insbesondere eine verfassungsrechtlich gebotene amtsangemessene Besoldung der  
530 Beamt\*innen.
- 531 • Im Bereich der Besoldungspolitik wollen wir ein Verbandsklagerecht gesetzlich  
532 verankern, damit wir die Geltendmachung und Durchsetzung der Beamtenrechte  
533 wirksam wahrnehmen können. Eine kollektive Rechtsdurchsetzung würde den Aufwand  
534 für Gerichte und für den gewerkschaftlichen Rechtsschutz verringern und für die  
535 Beschäftigten belastende überlange Verfahrensdauern verkürzen.
- 536 • Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften fordern, Tarifabschlüsse im  
537 öffentlichen Dienst generell auf die Beamt\*innen zu übertragen. Dadurch würde  
538 geltendes Verfassungsrecht umgesetzt und einem zunehmenden Vertrauensverlust der  
Beschäftigten in den Rechtsstaat vorgebeugt.

539

- 540 • Die Versorgung der Beamt\*innen muss langfristig gesichert und bereits erworbene  
541 Anwartschaften müssen vertrauensschützend unangetastet bleiben.
- 542 • Die Arbeitszeit der Beamt\*innen ist auf das Niveau der Tarifverträge des  
543 öffentlichen Dienstes zu reduzieren. Im Schulbereich, wo die beamtenrechtliche  
544 Arbeitszeit auch für Angestellte gilt, sind Regelungen zur Arbeitszeiterfassung  
545 mit den Personalräten auszuhandeln.
- Ein guter öffentlicher Dienst mit engagierten Beschäftigten funktioniert nur  
546 über gute Mitbestimmung. Bestehende Mitbestimmungslücken sind zu schließen. So  
547 sollten z.B. auch Anwärter\*innen bei der Bundespolizei eine  
548 Jugendauszubildendenvertretung wählen können und alle Menschen im  
549 Vorbereitungsdienst müssen durch geeignete Mitbestimmungsstrukturen ihre  
550 speziellen Interessen selbst vertreten können.  
551
- 552 • Die berufliche Weiterentwicklung der Beschäftigten muss gezielt gestärkt werden.  
553 Hierzu zählen die Stärkung der Bundesakademie für öffentliche Verwaltung, die  
554 Flexibilisierung des Laufbahnrechts sowie die Schaffung von Lernfreiräumen im  
555 Arbeitsprozess, die Vereinbarkeiten berücksichtigen. Ebenso essenziell ist die  
556 Förderung einer partizipativen Führungskultur.
- 557 • Digitale Prozesse sind gut organisiert, mitbestimmt und nach fachlichen  
558 Standards zu gestalten und die Digitalkompetenzen der Beschäftigten aktiv zu  
559 unterstützen – damit wieder mehr Raum für Vorgänge mit Ermessensspielraum und  
560 persönliche Bürger\*innenberatung entsteht.
- 561 • Beamt\*innen muss die Möglichkeit offenstehen, sich ohne finanzielle Nachteile  
562 für die gesetzliche Krankenversicherung zu entscheiden. Aus diesem Grund müssen  
563 Bund, Länder und Kommunen den Arbeitgeberanteil – den hälftigen Beitrag -  
564 übernehmen, wenn der Beitritt zur gesetzlichen Krankenversicherung erfolgt.
- 565 • In Funktionsbereichen, die wegen der besonderen Anforderungen an die Gesundheit  
566 der Beschäftigten eine Gesundheitsversorgung in Form der Heilfürsorge vorsehen,  
567 ist diese beizubehalten. Dabei muss das Leistungsniveau der Gesetzlichen  
568 Krankenversicherung mindestens gewährleistet werden.
- 569 • Für den Schutz der Beschäftigten vor physischer und psychischer Gewalt ist das  
570 bestmögliche Maß sicherzustellen – etwa durch regelmäßige Gefährdungsanalysen  
571 und gezielte, daraus abgeleitete Gegenmaßnahmen. Ein qualifiziertes Trauma-  
572 Management (beispielhaft ist hier die Bundeswehr) ist dringend geboten.
- 573 • Gerade in Zeiten ansteigender gewaltsamer Übergriffe auf Beschäftigte ist die  
574 DGB-Initiative „Vergiss nie, hier arbeitet ein Mensch“ für mehr Respekt  
575 gegenüber Beschäftigten im öffentlichen und privatisierten Sektor wichtiger denn  
576 je.
- 577 • Leider kommt es immer wieder vor, dass Beamt\*innen im Dienst getötet werden. Wir  
578 setzen uns mit ganzer Kraft dafür ein, dass auch unverheiratete Hinterbliebene  
579 und ihre Kinder nach gleichen gesetzlichen Regeln wie Verheiratete versorgt

580 werden.

581 • Auch in der Europäischen Union (EU) macht der DGB seinen Einfluss stark, wenn es  
582 um die Interessenvertretung der Beamt\*innen geht. Im Verbund des Europäischen  
583 Gewerkschaftsbundes (EGB) geht es uns darum, soziale Gerechtigkeit im  
584 Binnenmarkt zu erreichen. Dabei wollen wir einerseits frühzeitig  
585 Rechtsetzungsvorhaben im Bereich der Arbeits- und Sozialpolitik beeinflussen, um  
586 die Arbeitsbedingungen unserer Kolleg\*innen in den EU-Mitgliedsstaaten bereits  
587 am Beginn der europäischen Rechtssetzung zu beeinflussen. Andererseits geht es  
588 uns darum, den sozialpartnerschaftlichen Dialog, die Arbeitsbedingungen, die  
589 Attraktivität der Arbeit sowie die Mitbestimmung auf europäischer Ebene, auch  
590 innerhalb der EU-Institutionen und -Agenturen, zu stärken.